

# Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Wöchentliches Abonnementspreis durch die  
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 RM;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 12 Pfg. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vorstände  
vom  
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine  
(Viertel-Jahresheft)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pfg., Familienanz. 15 Pfg.,  
Verbandsanz. 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/222.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 4.

Berlin, Sonnabend, 12. Januar 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Die preussische Thronrede. — Der kleine Befähigungs-nachweis. — Neue Klagen über Deutscht. — Zum nächsten Verbandstage. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1906. — Verbandsteil. — Anzeigen-Teil.

## Die preussische Thronrede.

Am Dienstag ist das preussische Abgeordnetenhaus zur neuen Session zusammengetreten und, wie üblich, mit einer Thronrede begrüßt worden. Nur etwa 150 „erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtags“ hatten sich zur Entgegennahme der Thronrede im Weißen Saale des Schlosses zusammengefunden. Fürst von Bülow brachte die Rede zur Verlesung. Der im Reichetobende Kampf um den Reichstag blieb unerwähnt; vermutlich sollte er angebeutet werden mit dem Hinweis, daß der Landtag „in erster Zeit“ seine Arbeiten wieder aufnehmen und die Regierung daher um so unerschütterlicher auf ihn vertraue, daß er „ihre auf die Festigung und Entwicklung unserer Verhältnisse gerichteten Bestrebungen“ wie bisher hingehend und tatkräftig unterstützen werde.

Was es für in der Thronrede erwähnenswerte besondere Verhältnisse sind, um deren Festigung und Entwicklung die Regierung sich bemüht, wird nicht gesagt. Soll das bestehende Dreiklassenwahlrecht „beseitigt“ oder weiter „entwickelt“ werden? Ueber diese Frage wird die Regierung sich übrigens bald äußern können, da ein national-liberaler Antrag auf eine Reform des preussischen Wahlrechts vorliegt und ein Antrag der Freisinnigen, dieses „elendeste aller Wahlsysteme“ ganz abzuschaffen und das Reichstagswahlrecht an seine Stelle zu setzen, eingebracht worden ist.

Die Thronrede sagt sehr wenig. Große Fragen bleiben unerörtert. Die einzige dieser Art behandelt die „Lage in den östlichen Provinzen“, ohne aber über Änderungen hinauszukommen. Preussens geschichtliche Aufgabe „der Stärkung des Deutschtums in diesen Landesteilen“ erfordert zu ihrer Lösung „die ernstesten Anstrengungen“. Eine kraftvolle und beharrliche „Durchführung der zur Erfüllung dieser Aufgabe eingeleiteten staatlichen Maßnahmen“ wird für „unbedingt notwendig“ erklärt. Eine „entsprechende Gesetzesvorlage“ soll vorgelegt werden.

Wenn wir die Änderungen recht verstehen, dann handelt es sich nur um neue Geldmittel für den Ansiedlungsfonds in der Provinz Posen. In diesen sind bisher 350 Millionen Mark hineingesteckt worden, die aber nur den einen merkbaren Erfolg ergielten, daß der landwirtschaftliche Grund und Boden ungeheuerlich im Preise gestiegen ist. Geld ist ein wichtiges Instrument; man könnte, so wird wenigstens behauptet, für Geld sogar den Verlust tanzen sehen. Für die Verbreitung des Deutschtums im Osten genügt Geld allein jedenfalls nicht. Das hätte sich doch auch die Regierung sagen müssen und auf neue Vorschläge sinnen sollen. Vielleicht würde eine liberalere Behandlung der Polen mindestens kein schlechteres Resultat haben können. Wir sind durchaus der Meinung, daß die deutschen Polen die deutsche Sprache erlernen müssen und so muß auch die Schule eine deutsche sein. Den Beschwerden der Polen darüber, daß ihren Kindern auch der Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt wird,

könnte durch Erfüllung des Vorschlags, den der verstorbene Erzbischof Dr. v. Stablenowski in einem Privatbrief, der veröffentlicht wurde, gemacht hat, leicht abgeholfen werden. Dieser Vorschlag ging dahin, den Religionsunterricht ganz aus der Schule zu entfernen und seine Erteilung den Dienern der Kirche zu überlassen.

Das ist wirklich ein sehr erwidenswertes Vorschlag, der gleichzeitig der Schule nützen und den Streit zwischen Polen und Deutschen, wenn auch wohl nicht aus der Welt schafft, so doch erheblich mildern könnte.

Von größerem Interesse ist sodann noch das in Aussicht gestellte Gesetz zur Aufhebung der Bergfreiheit. Die Gewinnung der Steinkohle und der Salze soll fortan dem Staate vorbehalten bleiben.

Geld ist massig da, so daß die Finanzlage des Staates als fortgesetzt günstig hingestellt werden konnte. Da sollen denn auch die Beamten und Arbeiter etwas abbekommen.

Gehaltsverbesserungen sind für mehrere Klassen von mittleren und unteren Beamten des kaiserlichen Bediensteten, bei welchen die an ihre dienstliche Tätigkeit und Verantwortlichkeit zu stellenden höheren Anforderungen eine Steigerung der Gehaltsätze besonders dringlich machen. Die geringst besoldeten Unterbeamten sollen erhöhte einmalige und außerordentliche Unterhaltungen erhalten, auch werden zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und gering besoldeten Beamten wie in den Vorjahren besondere Mittel von Ihnen erbeten werden.

Für die 250 000 Arbeiter der Eisenbahn waren im vorigen Jahre ganze 4 1/2 Millionen Mark zu Lohnverbesserungen in den Etat eingestellt, was eine Lohnerhöhung von 5—6 Pfg. pro Kopf und Tag zu bedeuten hätte. Dies veranlaßte unseren Redakteur Abg. Goldschmidt die Lohnfrage gründlich aufzurollen und die Seringsfügigkeit der Aufbesserung festzustellen. Es wäre sehr erfreulich, wenn die Regierung davon Notiz genommen und im neuen Etat eine Lohnverbesserung brächte, die besser im Einklang zu bringen wäre mit den verteuerten Lebenskosten.

Sozialpolitische Gesetzesentwürfe scheinen nicht kommen zu sollen. Die Thronrede schweigt sich jedenfalls darüber ganz aus. Ein dankbarer Gegenstand wäre z. B. die Aufhebung der Gesindeordnung. Sollte die vielbesagte Leutenot auf dem Lande nicht längst eine ernste Ursache sein für eine gründliche Reform des Gesinde(un)rechts? K. G.

## Der kleine Befähigungsnachweis.

Das sechsen verfloffene war wieder ein recht mageres Jahr auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung des Reiches. Und schließlich darf man dies noch als ein Glück bezeichnen, denn was da an sozialpolitischen Vorlagen dem Reichstage zugegangen war, bedachte das Interesse der organisierten Arbeiter entweder gar nicht oder fand diesen Interessen direkt entgegen, wie z. B. der Gesetzesentwurf betreffend die Aufhebung des Hilfslosen-gesetzes und der Gesetzesentwurf über die gewerblichen Berufsvereine. Beide Entwürfe hat der Reichstag bei seinem „Sturz von der Sonnenhöhe des Glücks“ in den Abgrund mit hinabgenommen. Dasselbe Schicksal teilte der Entwurf eines Gesetzes zum

Schutz der Bauhandwerkerforderungen. Dieser Gesetzesentwurf würde die durch Bauhandwerker vielfach um ihr Geld betrogenen kleinen Bauhandwerker wahrscheinlich zum Regen in die Traufe gebracht haben; denn zur Erfüllung der Bedingungen würden nur die großen kapitalträchtigen Baufirmen befähigt gewesen sein, und die gerade diesen zugeführte Stärkung hätte die kleinen Bauhandwerker und Baugewerbetreibenden völlig an die Wand gedrückt.

In Aussicht gestellt sind etliche sozialpolitische Gesetzesentwürfe. Sie betreffen, um nur die wichtigsten zu nennen, die Einführung von Arbeitskammern und den Schutz der Heimarbeit in der Tabakindustrie. Es wird sich bald zeigen, was an ihnen ist und wie sie zu bewerten sind, wenn man den Lehrsatz gelten läßt, daß die Politik die Kunst des Erreichbaren ist.

Endgültig verabschiedet ist in 1906 nur ein „sozialpolitisches“ Gesetz. Es betrifft dies den „kleinen Befähigungsnachweis“ für das Baugewerbe. Dieses neue Gesetz beruht auf einer Erweiterung des polizeilichen Rechts. Die Polizei kann hiernach einen baulichen Gewerbebetrieb untersagen, bezw. die Ausführung eines einzelnen Baues durch einen bestimmten Bauunternehmer oder Bauleiter verbieten. Der Unterjagung eines ganzen baulichen Gewerbebetriebes muß vorausgehen die erfolgreiche Klage des betreffenden hauptpolizeilichen Organs gegen den Bauunternehmer oder Bauleiter. Soll die Ausführung eines einzelnen Baues durch einen bestimmten Bauunternehmer oder Bauleiter verhindert werden, so genügt hierzu die bloße polizeiliche Verfügung. Gegen die Verfügung kann Einspruch erhoben werden, über den im Verwaltungsstreitverfahren entschieden wird.

Unterjagung und Verbot müssen sich stützen können auf Tatsachen, die den Bauunternehmer oder Bauleiter als einen „unzuverlässigen“ Menschen erkennen lassen. Es kommen vornehmlich in Betracht: Leichtsinns, finanzielle Unzuverlässigkeit, mangelnde Sorgfalt in der Beobachtung der von den Berufsgenossenschaften erlassenen Schutz- und Unfallversicherungsvorschriften und mangelnde theoretische und praktische Sachkunde.

In diesen Dingen können Tatsachen enthalten sein, die den Bauunternehmer oder Bauleiter als unfähig erscheinen lassen, Bauten auszuführen. Wer also als „Baumensch“, wie die Berliner sagen, von der Baupolizei oder der Polizei nicht befähigt wird, der hat indirekt den Befähigungsnachweis für das Baugewerbe erbracht.

„Mangel an theoretischer Ausbildung“ soll nicht dem gegenüber als Tatsache angeführt werden können, der bestimmte in dem Gesetz näher bezeichnete Zeugnisse oder Qualitäten aufweisen kann, z. B. eine staatlich anerkannte Baugewerkschule besucht hat oder das Ingenieurdiplom vorweisen kann.

Mangel an technischer oder praktischer Vorbildung und Sachkunde“ kann demjenigen nicht entgegengehalten werden, der in seinem Gewerbe als Bauunternehmer, Bauleiter oder sonst in einem baulichen Gewerbe die Meisterprüfung abgelegt hat.

In dieser indirekten Artigkeit zur Ablegung der Meisterprüfung ist in der Tat ein Stück vom Befähigungsnachweis zu erblicken.



mit der Vereinschrift zwei Zettel. Der eine enthält eine Einladung für eine sozialdemokratische Wahlversammlung, der zweite beginnt mit folgendem Wortlaut:

**Achtung!**  
Wie bereits durch Inserat im „Vorwärts“ bekannt gemacht, finden wegen der Reichstagswahl im Januar weder Bezirks- noch Mitgliederversammlungen statt. Die nächsten Bezirksversammlungen sind 6., 7., 8. Februar abso.

**Achtung!**  
Die Ortsverwaltung.  
Zwar ein offenes Geständnis! Im Januar muß für die Partei gearbeitet werden; die Aufgaben der Gewerkschaft müssen 5 Wochen ruhen. Die Handlungsbefähigten, die so schlau waren, Mitglieder des Zentralverbandes zu werden, die müssen aufpassen, wie sie sich in dieser Zeit ohne Organisation helfen, und die führenden Kräfte ihres Verbandes sind bis auf weiteres für Partei-Arbeit festgelegt. Es ist also bald soweit, daß tatsächlich die Gewerkschaften ihre Hauptaufgabe darin sehen, Rekruten für die Sozialdemokratie zu ergießen.

Die Arbeiter und Angestellten, denen es um eine Verbesserung ihrer Lage zu tun ist, werden daher die Konsequenzen hieraus ziehen und sich in neutrale Berufsvereine zusammenschließen, wie sie ihnen in den Deutschen Gewerksvereinen und im Verein der Deutschen Kaufleute geboten sind. S. A.

Wie wenig widerständig die Sozialdemokraten in ihren Agitationsmitteln sind, das zeigt ihr Vorgehen in Oberhausen (Rheinland), wo sie sich mit folgendem Anschreiben an die Geschäftsleute gewandt haben:

Sehr geehrter Herr!

Wir gestatten uns ergeben, Ihnen folgende Bage und Bitte zu unterbreiten: Bekanntlich finden am 25. Januar die Wahlen zum Deutschen Reichstage statt. Gerade die Zusammensetzung dieses Parlamentes ist für die Arbeiterschaft von eminenter Wichtigkeit, da der Reichstag alle die gesamten Arbeiter hoch interessierenden Reichsgesetze zu schaffen hat. Aus diesen Gründen will sich auch die Arbeiterschaft an den so manchen Wahlen beteiligen. Hierbei mangelt es uns aber an dem notwendigen Ansehen. Weil Sie nun, wie wir mit Sicherheit annehmen, als Geschäftsleute an der Führung des Arbeiterverbandes ebenfalls ein Interesse haben, da ja naturgemäß dann auch die Bage der gesamten Geschäftswelt eine bessere wird, erhalten wir uns, an Sie die freundliche Bitte zu richten, uns in diesem Wahlkampfe durch einen Beitrag gütlich unterstützen zu wollen. Wir erlauben uns, diesbezüglich am Samstag unter Vorlage einer Legitimation bei Ihnen vorzusprechen. Verschwiegenheit ist selbstverständlich zugesichert.

Die sozialdemokratische Wahlkomitee.

Karl Kramer.      Job. Spaniel.      Job. Hoffmann.  
Joh. Wötte.      Friedrich Schneider.      A. Werner.

Partei und Gewerkschaften sind wirklich einig, sogar in der Anwendung des Terrorismus. Denn Terrorismus schlimmster Art ist es, der hier gegen die kleinen Geschäftsleute angewandt wird. Denn daß alle diejenigen, die dem launigen Nachdruck nicht folgen, boykottiert und wirtschaftlich schwer geschädigt werden, sieht nach den bisherigen Erfahrungen außer Frage. So kämpft die Partei, die — nach ihrer Meinung — allein für wahre Volkstfreiheit eintritt. Hin! über diese Feinde!

Im die Forderung der Reichstagskandidaten zu den Deutschen Gewerksvereinen lernen zu lernen, haben unsere Verbandsgenossen in Magdeburg auf dieselben einige Fragen gerichtet, die von beiden Herren jetzt schriftlich beantwortet sind. Diese Fragen an den liberalen Kandidaten Robert Lautner:

1. ob er ein unbedingter Anhänger des allgemeinen, geheimen, direkten Wahlrechtes für das Reich und die Einzelstaaten sei;
2. ob er für ein freies Press-, Vereins- und Versammlungsrecht eintrete;
3. ob er für Befreiung aller Klassen-, Standes- und Konfessionsvorurteile eintrete;
4. ob er für die Eiderstellung und den Ausbau des Koalitionsrechtes aller Arbeiter einschließlich der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter sei;
5. ob er für den Ausbau des Arbeiterschutzes und die Fortsetzung der Sozialpolitik sei;
6. ob er für Abschaffung der Zölle auf alle notwendigen Lebensmittel eintrete.

Diese Fragen hat der liberale Kandidat mit einem deutlichen Ja beantwortet. Weniger klar ist die Antwort, die der Kandidat der sozialdemokratischen Partei, Herr Pfannkuch, auf die Frage erteilt, „ob er die Organisation der Deutschen Gewerksvereine als eine gleichberechtigte Organisation innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung, insbesondere gegenüber den freien Gewerkschaften anerkenne? Natürlich möchte Herr Pfannkuch die Stimmen der Magdeburgerischen Gewerksvereiner gern für sich einwerben, und so ist denn seine Antwort recht verknäuelnd und undeutlich gehalten. Nach langatmigen Auseinandersetzungen, daß seine Stellung zu den Gewerksvereinen durch seine sozialdemokratische Gesinnung und die Begleitungen der

sozialdemokratischen Partei zu den Gewerkschaften gekennzeichnet sei, schließt er seinen Brief mit den Worten: „Darüber, ob ich die Deutschen Gewerksvereine noch mit anderen bestehenden Organisationen gleichberechtigt halte, enthalte ich mich des Urteils. Meine Beurteilung und Berücksichtigung der anderen bestehenden Organisationen wird von denselben Erwägungen wie oben angeführt, diktiert.“

Das Recht bemerkt dazu der „Mitteldeutsche Kurier“, daß Herr Pfannkuch damit offen zugestanden hat, daß er die Deutschen Gewerksvereine nur dann als gleichberechtigt anerkenne, wenn sie sich mit Partei und Gewerkschaft eins fühlen. Wenn danach die Verbandsgegner in Magdeburg bei den bevorstehenden Reichstagswahlen ihre Stimme geben werden, kann nicht mehr zweifelhaft sein. Ihre Ehre, das Gefühl für Recht und Unrecht wird ihnen den rechten Weg weisen.

**Arbeiterbewegung.** Die Ausperrung eines Teiles der Berliner Automobilsofahersteller dauert noch an; doch macht sich in den beteiligten Kreisen eine zum Friedenschluß geneigte Stimmung bemerkbar. — Die Zinkschmelzer des Bergisch-Märkischen Hüttenvereins in Veitshausen sind wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten. — Der Streik der Feilenhauer von Rölln und Umgegend dauert unverändert fort. — Infolge von Lohnstreiksigkeiten haben die Arbeiter sämtlicher Brauereien von Eilenburg und Umgegend die Kündigungen eingereicht. — Eine Konflikt drohte in der Zelluloseindustrie von Pößnerd i. Th. auszubrechen. Dasselbst waren in einer Planfabrik etwa 400 Arbeiter und Arbeiterinnen wegen Kündigungen der Arbeitspauzen in den Ausstand getreten. Durch Erfüllung der Arbeiterforderungen gelang es noch in letzter Stunde eine größere Bewegung, die daraus entstanden wäre, zu unterdrücken. — In Rheinland scheint es in der kommenden Kampagne zu einer lebhaften Bewegung unter den Ziegellern zu kommen. Diese unter schweren Bedingungen schaffende Arbeiterkategorie beabsichtigt, anstatt des jetzt noch üblichen 15-16stündigen Arbeitstages die Forderung auf Einführung eines 12stündigen Arbeitstages zu stellen. Da selbst diese bestehende Forderung in gewissen Kreisen auf Widerstand zu stoßen scheint, dürfte der Kampf unvermeidlich sein. — Die Schornsteinfegergesellschaften in Hamburg haben die Arbeit eingestellt. Sie waren in der Hauptsache aus Trinkgelde angeworben und bemühten sich, einen Tarif mit 15 Mk. Minimallohn abzuschließen. Da ihnen dieser verweigert wurde, traten sie in den Ausstand. — In Paderborn sind bei der Firma Wittmann sämtliche Zigarren- und Widelmacher in den Ausstand getreten, weil sie erfahren hatten, daß sie Streitarbeit anfertigen sollten. — In Hagerbroun bei Dänischen haben etwa 1000 Weber wegen Lohnherabsetzungen die Arbeit niedergelegt. — Im Industriegebiet von Charleroi (Belgien) sind mehrere Teilausstände ausgebrochen, die weitere Entlassungen von Arbeitern zur Folge hatten. — Die Beamten der Postparafasse in Dien-West wandten in diesen Tagen die passive Resistenz an und gaben sie erst auf, nachdem ihnen die verlangte Bezahlung der Lebensstunden zugesichert war. — Der Streik der bulgarischen Eisenbahnangestellten dauert fort. Die Angestellten der Dampfschiffahrtsgesellschaft in Varna haben sich ihnen angeschlossen. — Eine gewisse Wendung ist in dem gewaltigen Kampfe der Schuhfabrikarbeiter von Fougères (Frankreich) eingetreten. In einer Anzahl von Fabriken haben sich sozial Arbeitswillige gefunden, daß daselbst der Betrieb wieder aufgenommen werden konnte, wodurch natürlich außer den 7000 Ausständigen eine starke Erregung entstanden ist. — In Orizaba (Mexiko) ist ein Streik der Textilarbeiter ausgebrochen. Die Erbitterung ist so groß, daß die Ausständigen sich zur Plünderung von Gebäuden hinreißen ließen. Infolgedessen schritt das Militär ein und tötete gegen 30 und verwundete an 80 Personen.

**Die Wirkungen der modernen deutschen Wirtschaftspolitik** zeigen sich am besten an der umfangreichen Auswanderung deutscher Industrien über die Grenze ins Ausland. Die Regierung suchte diese ihr unangemessene Wirkung ihrer Handelspolitik natürlich nach Kräften zu verhindern. Allein alle ihre Bemühungsversuche müssen scheitern an dem Ergebnis der Erhebungen, die der Verband sächsischer Industrieller vor einiger Zeit veranfaßt hat. Darin heißt es u. a. aus der sächsischen Seifenindustrie: „Wer nicht über genügendes Kapital verfügt, um in Rußland und Oesterreich Filialfabriken einzurichten zu können, der muß auf jedes Geschäft mit diesen Ländern in Zukunft verzichten.“ Ein Urteil aus der hochentwickelten sächsischen Papierfabrikation lautet: „Die Ausfuhr nach den Vertragsstaaten wird schwierig, wenn nicht unmöglich werden. Unter diesen Umständen bleibt wohl weiter nichts übrig, als im Ausland Filialen zu gründen.“ Ein Fabrikant der Luruspapiere herstellt, sagt: „Ich habe, da ich zwei Drittel meiner Erzeugung exportiere, mich bereits mit dem Gedanken vertraut gemacht, mit meiner Fabrikation nach der Schweiz oder nach Frankreich zu übersiedeln.“

Eine Fabrik für geprägte Papierwaren, die nach Oesterreich-Ungarn nicht mehr exportieren kann, hat dort „eine größere Fabrik angekauft“, um in ihr die nach jenen Ländern bestimmten Waren herstellen zu lassen. Eine andere Bräunfabrik und Pappfabrik, aus deren Wohnsitz für etwa 800 000 Mk. wertige Waren nach Oesterreich-Ungarn gehen berichtet, da ein Geschäft nach jenen Ländern nicht mehr gemacht werden könne, seien „die hiesigen Fabrikanten bereits in Verhandlungen eingetreten, um Fabriken auf österreichischem Gebiet zu bauen, damit ihnen das bisher nach dort gemachte Geschäft nicht entgeht. Durch diese Maßnahmen wird selbstverständlich eine größere Anzahl Arbeiter von hier mit nach Oesterreich genommen. Um das Unternehmen dort gehörig auszunutzen, werden auch von Oesterreich Exportgeschäfte gemacht werden, die der hiesigen Industrie dann entgegen.“ Eine bekannte Firma der sächsischen polygraphischen Kunst-Industrie äußert sich in folgender Weise: „Räthst dem Berliner Blage wird unser sächsisches Vaterland am meisten betroffen. In Leipzig und Dresden leben viele Tausende von unserer Branche. Tausende fernere in Burgun, Bayern und Veltelin, die in ihrer Existenz bedroht sind, nachdem ihr Beruf ihnen zum großen Teil bisher bessere Löhne und bessere Lebensbedingungen gewährt konnte als andere Arbeitszweige. Unser schweizerischer Vertreter berichtet uns, daß sich schon einige deutsche Firmen durch den Notstand veranlaßt sehen, ihre Fabrikation nach der Schweiz zu verlegen, und er rät auch uns dinstund dazu.“ Eine Fabrik für geprägte Papierwaren, Grabieranstalt und Kalandriererei teilt mit: „Durch die hohen Eingangszölle wird mir mein Absatzgebiet in Oesterreich verloren gehen, und ich sehe bereits in Unterhandlung, in Oesterreich die Fabrikation der bisher hier angefertigten und nach dort bestimmten Artikel aufzunehmen. Der von mir geplante Neubau respektive die Vergrößerung meiner Fabrik unterbleibt infolge der mich schwer schädigenden Handelsverträge.“

Das ist eine deutliche Sprache. Ein vernünftigeres Urteil konnte unserer Wirtschaftspolitik kaum gesprochen werden. Darunter am meisten zu leiden haben aber die deutschen Arbeiter, denen auf diese Weise, wenn die jetzt günstige Konjunktur einer stilleren Wirtschaftszeit Platz gemacht hat, das Finden von Arbeitsgelegenheit ungemein erschwert wird. Und solche Politik wird getrieben unter dem Schlagwort: „Schutz der nationalen Arbeit!“

Über die Verhandlungen der II. Konferenz der Ausbreitungsverbände zu Leipzig erhebt demnach im Verlage der „Mitteldeutschen Volkszeitung“ (Sächsischen Arbeiterzeitung), Weizensfeld a. S., eine circa 100 Druckseiten starke Broschüre, welche ein getreues Bild von den Verhandlungen der Ausbreitungsverbände gibt. Auch die Aufgaben des Verbandes wurden in der zweitägigen Konferenz, die vom Zentralrat und den Ausbreitungsverbänden aus allen Teilen Deutschlands besichtigt war, eingehend behandelt. Im Hinblick auf den aufklärerischen Zweck, welche die Veröffentlichung der Verhandlungen erfüllen soll, wird die Broschüre zum Herstellungspreis (50 Stück 5 Mk., 100 Stück 7,50 Mk., 200 Stück 10 Mk. und 500 Stück 15 Mk.) abgeben. Es ist angebracht, daß die einzelnen Ortsvereine ihre Bestellungen auf die Broschüre sofort beim vorgenannten Verlage in Weizensfeld aufgeben, da dieselbe nur in einer Auflage gedruckt wird.

Mit einer netten Weihnachtsbescherung sind die Beamten der Königlich Eisenbahndirektion Hannover zu Linden-Fischerhof bedacht worden. Diesen Beamten war bisher die Stadt Linden als Wohnort angewiesen und angerechnet in der I. Wohnungsklasse mit 270 Mk. Einige Beamte wählten nun, um an der Miete zu sparen, im Dorfe Riddligen. Daraufhin hat die Direktion diese Beamten in die IV. Wohnungsklasse mit 108 Mk. versetzt, mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß sie nicht mehr belämen, auch wenn sie nach der Stadt Linden ziehen würden. Damit wurden also jedem Beamten ohne weiteres 162 Mk. abgezogen. Eine nette Weihnachtsgabe, die einer Königlich Eisenbahnverwaltung in diesen teuren Zeiten wahrlich nicht würdig ist! In das rechte Licht gerückt wird jene kleinliche Maßnahme der Direktion aber erst, wenn man bedenkt, daß diese Beamten teilweise ein Gehalt von nur 900 Mk. beziehen, eine zu jeder Zeit widerwärtige Stellenzulage von 80 Mk. und jetzt nur noch 108 Mk. Miete. Das sind im ganzen 1088 Mk., für Leute, die zum Teil schon über 15 Jahre bei der Eisenbahn beschäftigt sind. Glaubt vielleicht die Eisenbahnverwaltung dadurch sich ein arbeitsfreudiges Personal halten zu können? Das Gegenteil wird die Folge sein, und mancher sozialdemokratische Stimmzettel wird vielleicht von dieser Seite abgegeben werden.

Wetter-Beschwerden der Reichsregierung drohen der Bevölkerung dadurch, daß in den Vereinigten Staaten die amtliche Erdbebenbehörde abgesehen werden soll, was zur Folge haben würde, daß in Zukunft kein amerikanisches Schweinefleisch in

Das Diplom des Bauingenieurs ist in dem Gesetz der Meisterprüfung in einem der baulichen Gewerbe gleichgestellt. Gehört hierzu z. B. auch das Gewerbe des Baulempners oder Malers? Ein „bauliches Gewerbe“ ist das eine wie das andere. Die Verhütung von Unglücksfällen setzt aber eine genaue Kenntnis der Konstruktionstechnik voraus, die weder der Maler noch der Baulempner erlernt. Auffällig ist auch, daß in dem Gesetz nicht eine Mitwirkung der Vorgesetzten bei der Baukontrolle vorgesehen ist. Wenn das Gesetz ein Instrument sein soll, die leider überaus große Zahl von Unfällen im Baugewerbe zu vermindern, dann hätte man die Arbeiter als Mitarbeiter zur Erreichung des gewünschten Ziels nicht ausschalten sollen. Die verlangte Sorgfalt bei Beobachtung der Schutz- und Unfallverhütungs-Vorschriften setzt eigentlich die Mitwirkung der Vorgesetzten voraus.

Für das Baugewerbe hat die Forderung des Befähigungsnachweises eine andere Bedeutung als für jedes andere Gewerbe. Unfähige Menschen können in diesem Gewerbe sehr viel Unheil anrichten. Indes hat die Erfahrung gelehrt, daß auch geprüfte Meister das Unglück haben können, daß ihnen der halb oder dreiviertel fertige Bau zusammenbricht und die Arbeiter unter den Trümmern begräbt. Die formale Prüfung beweist oft genug sehr wenig für die wirkliche Befähigung. Ob das Gesetz den beabsichtigten Zweck wenigstens in einem Umfang erreicht, der die Weiterentwicklung der Polizei leblich rechtfertigen kann, so daß wenigstens nicht mehr Nachteile und Schäden als Nutzen und Vorteil erreicht wird, muß noch abgewartet werden.

Die Prüfung der Frage, ob ein Bauunternehmer „leichtsinnig“ oder „finanziell unzuverlässig“ ist, ist nicht immer ganz leicht. Soll nun die Polizei insoweit einer an sie gerichteten Denunziation die Fortführung eines angefangenen Bauwerkes durch einen bestimmten Unternehmer oder Bauleiter inhibieren? Wer kommt für den Schaden auf, wenn die Prüfung ergibt, daß die Denunziation falsch war?

Das vorliegende Gesetz geht über den Begriff des „kleinen Befähigungsnachweises“ hinaus. Der kleine Befähigungsnachweis hätte zu bedeuten, daß die Lehrlingshaltung nur dem gestattet sein soll, der eine Meisterprüfung abgelegt hat.

Nun hat aber die „Siebenerkommission“ des Handwerksamertages, die in Hamburg niedergelegt worden war, die übrigens aus lauter Angehörigen des Befähigungsnachweises bestand, beschlossen, die Lehrlingshaltung jedem zu gestatten, der die Befähigung für ein Handwerk nachgewiesen hat. Dieser soll berechtigt sein, auch andere Handwerke zu betreiben und Lehrlinge darin zu halten. Hiernach dürfte ein im Schmiedehandwerk geprüfter Meister einen Schneiderlehrling halten, der geprüfte Schornsteinfegermeister einen Müllerlehrling ausbilden.

Die vertiefte Beschäftigung mit der Frage des Befähigungsnachweises bringt die Handwerker von selbst darauf, daß ihr Verlangen auf allgemeine Einführung des Befähigungsnachweises nicht mehr zeitgemäß ist. Darum liegen sowohl der Münchener wie der Kölner deutsche Handwerkertag diese Forderung fallen.

K. G.

### Neue Klagen über Leutenot

Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen hat über ihre Tätigkeit in dem Jahresbericht 1896/1906 einen Bericht herausgegeben. Natürlich lehrte in diesem Bericht auch die Klage wieder über den Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft. Bezüglich dieser Frage wird besonders das Jahr 1906 ins Auge gefaßt. Da wird gesagt:

„Die bisher im Jahre 1906 auf dem Arbeitsmarkte gemachten Erfahrungen zeigen leider, daß die beiden vorangehenden Jahre nicht Jahre vorübergehender Beschäftigung waren, sondern erst die Einleitung zu einem nach wie ererbten Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage, sowohl auf dem einheimischen, wie auf dem Wanderarbeitsmarkte. Die Söhne sind gegen die letzten Jahre noch erheblich geringer. Deutscher Wanderarbeiter waren schon seit Anfang Februar vergriffen, den ausländischen Arbeitern mußten vielfach solche Löhne bewilligt werden, welche deutschen Bauern bisher nur in Ausnahmefällen gewährt wurden. Viele Landwirte haben trotz Androhung hoher Sühne Strafen in der gewünschten Zahl nicht erhalten können. Die Ursachen der schwierigen Lage des diesjährigen Arbeitsmarktes waren, kurz gesagt, folgende: Die Industrie entsagte in bedeutend höherem Maße als sonst die einheimischen Arbeitskräfte der Landwirtschaft, die Landwirte hätten infolgedessen ganz ungewöhnliche Ansprüche an den Wanderarbeitsmarkt; dieser vermochte aber den gestellten erhöpften

Anforderungen um so weniger zu entsprechen, als auch die Industrie in den Anwerbsgebieten als scharfe Konkurrenz auftrat. Dazu kam, daß aus den ausländischen Anwerbsgebieten viele Arbeiter, die sonst regelmäßig nach Deutschland kommen waren, in diesem Jahre nach Schweden, Norwegen und Dänemark gingen. Ferner erzielte sich das russische Anwerbsgebiet durch den japanischen Krieg und die Wirren im Innern sehr geschwächt. In Österreich-Ungarn aber suchte man durch allerlei Maßnahmen die Auswanderung zu hindern, um für die zu erwartende gute Ernte eine genügende Zahl von Arbeitskräften im Lande zu behalten. — Noch ist nicht abzusehen, ob die Momente, welche in diesem Jahre den Arbeitsmarkt in so unglücklicher Weise beeinflussten, nicht auch in den kommenden Jahren in noch stärkerem Maße wirken werden. So ist denn, wie der Rückblick auch der Ausblick auf die Arbeiterverhältnisse wenig tröstlich für den Landwirt. Wo aber soll es hinführen, wenn die nötigen Arbeiten nicht vollständig mehr verrichtet werden können? Zwar kommen alljährlich neue Maschinen zur Verwendung, aber bei der Eigentümlichkeit des landwirtschaftlichen Betriebes ist vorläufig nicht abzusehen, wie die Maschinen einen beträchtigen Anteil der nötigen menschlichen Arbeitskraft überflüssig machen können, daß man mit größerer Inanspruchnahme der Arbeiterverhältnisse auf der abhörsamen Seite weiter, so macht sich schließlich die Rückkehr zu einer weniger intensiven Wirtschaftsweise erforderlich, was naturgemäß mit großem Verlust in privater und volkswirtschaftlicher Hinsicht verbunden sein wird.“

Es ist tief zu bedauern, daß die Landwirtschaftskammern sich darauf beschränken, Klagelieder anzustimmen, statt darüber nachzudenken, welches die tieferen Ursachen dieser offensibaren Katastrophe sind. Die Abwanderung vom Lande und das langsame Anwachsen der kleinen Städte hat ihre Ursachen in unserer unglückseligen Sozialpolitik. Das tritt besonders in unserm Süddeutschland klar zutage. Die scheinbar hohen Löhne in den großen Städten und den Industriezentren loden die Leute vom Lande fort, wo sie unfrei sind und schlechter bezahlt werden als die fremden Arbeiter, ein eigen „Hilung“ sich aber nicht zu verschaffen vermögen, denn dazu ist der Grund und Boden zu teuer geworden. Auch der kleine Pächter kann sich auf dem Lande nicht mehr halten, weil die Pacht zu teuer geworden ist. Kommt ein kleines Gut zum Verkauf, dann holt sich der Herr Baron oder ein anderer Großgrundbesitzer.

Die Landwirtschaft in Dänemark, Schweden und Norwegen kennt keinen Hülssuch, aber sie kann bessere Arbeitsbedingungen gewähren als die deutsche Landwirtschaft, darum gehen die Wanderarbeiter auch lieber in die nordischen Länder.

Mit dem Schlagwort vom „Schutz der nationalen Arbeit“ sind die Landwirte irreführt worden, so daß sie gar nicht merken, wie sie vor den Wagen der Interessen des Großgrundbesitzers gespannt wurden. Ist das aber eine nationale Politik, die das platte Land entvölkert? Ist es eine nationale Politik, wenn fremde Arbeiter besser bezahlt werden als die deutschen? Schützt man die „nationale Arbeit“, wenn man die „nationalen Arbeiter“ der Konkurrenz von Rußland aussetzen will? Wägen die Landwirtschaftskammern doch einmal über diese Fragen nachzudenken!

### Zum nächsten Verbandstage.

Will eine im öffentlichen Leben wirkende Vereinigung Fortschritte machen, so müssen die Mitglieder die aus ihrer Zugehörigkeit zur Vereinigung entstehenden Pflichten erfüllen. Es muß dabei aber auf Einheitlichkeit gesehen werden, damit die für die Bewegung festgelegten Prinzipien keine Verschiebung erfahren. Unsere Gewerkschaften stehen grundsätzlich auf dem Boden der Selbsthilfe und nehmen Staatshilfe in solchen Fällen in Anspruch, wo die Selbsthilfe nicht ausreicht. Unsere Gewerkschaften erstreben für ihre Mitglieder bessere Arbeitsbedingungen und bewahren sie vor Not und Elend gegenüber den Beschäftigten des Lebens und den Ereignissen der wirtschaftlichen Welt. Nicht allein das Großkapital der Unternehmer ist ein schlimmer Feind der wirtschaftlichen Berufsorganisationen, sondern auch die noch abwärts stehende Klasse des Volkes erschwert den Gewerkschaften der Arbeiter die Tätigkeit. Die Indifferenten gewinnen und die Volksmasse überzeugen, daß die Gewerkschaftsbewegungen edel, nützlich und notwendig sind, das ist eine organisatorische Notwendigkeit. Man denke an die schweren Kämpfe auf dem sozialen Gebiete, die der Arbeiterschaft ungeheure Opfer auferlegt haben, aber die Sache der Organisation nicht vorwärts brachten. Da bleibt den Gewerkschaften noch viel zu tun übrig, um die Masse derjenigen Arbeiter, welche keinen Wert darauf legen, als Menschen zu leben, aufzuheben und als Mitkämpfer zu gewinnen. Der Schwerpunkt für unser Streben muß also eine wirksame Agitation sein. Diese zu schaffen, ist in erster Linie eine der wichtigsten Fragen für den nächsten Verbandstag.

Was soll der Verbandstag außerdem noch machen? Auffällig ist, daß bis dato nur Beamte aus dem Gewerbe der Maschinenbau- und Metallarbeiter gesprochen haben und daher appelliere ich an alle Mitglieder, die außerhalb eines Beamtenverhältnisses stehen, das Wort zu ergreifen und zu sagen, was sie nach ihren Erfahrungen für praktisch und gut halten.

nisses stehen, das Wort zu ergreifen und zu sagen, was sie nach ihren Erfahrungen für praktisch und gut halten.

Die Ausbreitungs- und Ortsverbände haben beide ihre Erstzähigkeit behauptet und sie würden noch mehr wirken können, wenn ihnen größere Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten. Überall, wo die betreffenden Orts- bezw. Ausbreitungsverbände ihre Pflicht voll erfüllen, da herrscht auch ein reges Leben und geschieht viel für Schulung und Bildung der einzelnen Ortsvereine, namentlich auch bezüglich der allgemeinen Fragen, z. B. der Stadtverordnetenwahlen usw. Die Ausbreitungsverbände haben auch die Presse gefördert. Jetzt will man die Ausbreitungsverbände zurückstellen. Der Mangel in den Ausbreitungsverbänden besteht darin, daß die entfernt gelegenen Ortsverbände wenig berücksichtigt werden. Diesem Mangel kann abgeholfen werden, wenn der Verbandstag die Ausbreitungsverbände auf kleinere Bezirke verweist und eventuell mehr Ausbreitungsverbände ins Leben ruft. Man braucht ja nur die Ortsverbände der Großstädte bestehen lassen, weil doch auch die Geldfrage dabei in Betracht zu ziehen ist. Was die Anstellung von Beamten anbetrifft, so brauche ich darüber wohl nichts anzuführen, da wird der Verbandstag schon seine Pflicht erfüllen. Wenn sich der Ortsverband in Frage über einen Beamten ohne Beihilfe leisten kann, so stellt hierbei doch wohl die hohe Mitgliederzahl dieses Ortsverbandes die entscheidende Rolle. Es gibt aber mehrere große Ortsverbände, die das eben so versehen würden wie Regensburg, wenn die Sache mit einmal richtig in die Hand genommen würde. Die Hauptsache aber ist, daß den Gewerkschaften größere Mittel zur Agitation verschafft werden, dann wird sich schon das übrige nach Wunsch machen lassen. Bezüglich der Presse bin ich auch der Meinung, daß dahin gewirkt werden muß, daß wir eine eigene Druckerei schaffen und sämtliche Organe der einzelnen Gewerkschaften und des Verbandes darin herstellen lassen. Der „Gewerkschafts“-Muss doch schließlich in einer Tageszeitung ersortiert werden. Auch müssen Mittel erwirkt werden zur Unterstützung der Provinzialblätter. Was der Anwalt begonnen hat, müssen seine Jünger vollenden können. Einen neuen Anwalt brauchen wir dazu nicht.

Auf die anderen Fragen, Stellung der Gewerkschaften zur Politik, Errichtung ständiger volkswirtschaftlicher Kurse, werde ich an einer anderen Stelle eingehen. Für heute mögen diese Anregungen genügen. Je größer wir das Feld der Gewerkschaften ausbreiten, um so mehr werden sich die Feinde der deutschen Arbeiterschaft vermindern. Die Gewerkschaften haben das rechte Ziel vor Augen, und da muß es auch gelingen, die gesamte Bevölkerung für unser Wirken zu interessieren, damit die Arbeiterbewegung im Sinne der Gewerkschaften gleichzeitig auch das Wohl des Volkes und unseres Vaterlandes fördert.

Homburg v. d. Höhe, Frankfurt a. M.  
H. Janßen.

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, 11. Januar 1907.

Zur Reichstagswahl. Um allerlei falschen Nachrichten in den Tagesblättern entgegenzutreten, schreibt uns der Zentralratvorsitzende, Kollege Gustav Hartmann:

Durch eine Anzahl Tageszeitungen geht die Nachricht, daß ich als Kandidat der freisinnigen Volkspartei für den Wahlkreis Wülheim-Duisburg-Oberhausen aufgestellt sei. Ich erkläre hierzu, daß mir weder eine solche Kandidatur angeboten ist, noch daß ich sie annehmen würde, nachdem mein Verbandsgenosse H. Vörsich in Düsseldorf in diesem Wahlkreise bereits als unabhängiger Arbeiterkandidat aufgestellt worden ist. Die Verbreitung dieser unrichtigen Notiz ist eines jener bekannnten Wahlmanöver, auf das auch der „Vorwärts“ glücklicherweise hingefallen ist. Das beweist seine Notiz in Nr. 8, auf die ich nicht weiter eingehen, weil die Voraussetzungen derselben nicht bestehen und damit auch die Folgerungen hinsichtlich werden.

Die roten Handlungsgesellen vor der Reichstagswahl. Die beiden letzten Nummern des „Gewerkschafts“- haben uns die Zahlen berichtet, die von den sog. freien Gewerkschaften als Beiträge für den sozialdemokratischen Wahlfonds aufgebracht wurden. Allein es genügt noch nicht, daß die Mitglieder der freien Gewerkschaften in finanzieller Hinsicht bluten, nein, die brüderliche Umarmung, welche sich Partei und Gewerkschaften auf dem Rammstein-Parteitag geleistet haben, macht es den Gewerkschaften nebenbei auch noch zur Pflicht, die nötige Wahlarbeit für die Sozialdemokratie zu tun. Diese politische Betätigung ist in den freien Gewerkschaften so wichtig geworden, daß man ganz vergessen hat, neben der Politik auch noch die wirtschaftlichen Aufgaben als Berufsorganisation zu erfüllen. So verachtet der Zentralverband der Handlungsgesellen und -Geisinnen Deutschlands an seine Mitglieder

Deutschland eingeführt werden kann. Bisher durften halbe Schweine und gepökeltes Fleisch in Bierhäusern eingeführt werden, wenn eine amtliche Bescheinigung vorlag, daß das Fleisch untersucht und trichinenfrei sei. Falls nun diese Bescheinigung in Zukunft fort, so ist die Einfuhr von zerhackten Waren einfach unmöglich, da sie ohne Bescheinigung nicht über die Grenze gelangen können. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß dieses Fleisch auf deutscher Seite untersucht werden kann. Es können aber amerikanische Exporteure Fleisch und Fleischwaren auch wie bisher amtlich untersuchen lassen und einen Ausfuhrschein erhalten, so daß dann diese Ware in Deutschland eingeführt wird. Die Amerikaner sind zu gute Geschäftsführer, als daß sie nicht Wege finden sollten, die sich das deutsche Absatzgebiet sichern. Eine Einschränkung aber wird unsere Einfuhr auf alle Fälle erleiden, die die Leidtragenden sind wieder — die ärmsten Schichten des Volkes.

**Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1906.**

**Ortsverband Chemnitz.**  
In 17 Aufsicht- und 1 kombinierter Aufsichtsjahre, 4 Mitglieder- und 2 öffentlichen Versammlungen erledigte der Ortsverband seine Geschäfte im verwichenen Jahre. Beiträge wurden 5 gehalten, und zwar vom Kollegen Emil Reichel über: „Die Fälsch der Gewerbetriebe in der Vergangenheit und in der Zukunft den anderen Organisationen gegenüber“, und vom Kollegen Emil Ruther über: „Die Arbeiterfrage“. Um auch den Arbeitern einen Einblick auf die Rechtsprechung zu sichern, wurde vom Ortsverband ebenfalls eine Vorlesung für die Wahl von Schöffen und Geschworenen an das Amtsgericht eingewirkt. Da diese Eingabe am Jahresende noch unbeantwortet geblieben ist, darf wohl angenommen werden, daß dem Amtsgericht Chemnitz ein Verbandsmitglied für beratende Beratungen des Volkes nicht vorhanden ist. Aufgabe des neuen Ausschusses muß es sein, dieser Forderung Geltung zu verschaffen. Das feste Glied der Heimarbeit, welches die im Ortsverband den Plan reifen, eine Heimarbeitausstellung für Chemnitz und das Ergebnis zu veranstalten. Leider mußte der hohen Kosten wegen von diesem Vorhaben abgesehen werden. Auch für die Weiterbildung der Mitglieder hat der Ortsverband Sorge getragen, indem er durch eine Beihilfe einem Kollegen die Teilnahme an dem vom Sachlichen Ausbreitungsverband veranstalteten Fortbildungskurs ermöglichte. Der Anerkennung der Arbeiterorganisation durch die Arbeitgeber dürfte der Ortsverband auch vorgereitet haben durch den Vortrag des Kollegen Hartmann über: „Die Maßnahmen zur Verhütung von Streiks und Aussperrungen in England“, zu welchem die Chemnitzer Industriellen Vertreter entsandt hatten. Kurz vor Jahresabschluss protestierte der Ortsverband in einer öffentlichen

Versammlung, in der Kollege Reußel das Referat übernommen hatte, gegen die Auslieferung der Arbeiterberufsgewerkschaft an die Polizeigewalt, wie es durch den Bescheid vom 1. März 1907 betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine getrieben wurde. Dem Vortrage wurde ebenfalls Rechnung getragen, und so veranlaßte der Ortsverband einen Aufruf und eine gemeinschaftliche Besichtigung der Zeidlerer Werke ist dies die Tätigkeit des Ortsverbandes. Der Ortsverband hätte auch noch zu einer Anzahl anderer Fragen Stellung nehmen können, wenn die Kollegen den Vorkräften der Gewerbetriebe etwas mehr Interesse entgegen gebracht hätten. Die Zeiten, wo uns fast jeder Tag neue Ueberraschungen bringt, sind doch wirklich ernst genug, um auch den Mitgliedern unter uns aufzurufen, damit er am Platze ist, wenn es gilt, die Ehre der Gewerbetriebe zu verteidigen. Möge im neuen Jahre hierin ein Wandel zum Besseren eintreten.  
R. A. Kaiserlein, Schriftführer.

**Ortsverband Leisnig i. V.**  
Der hiesige Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 4 kombinierten Sitzungen und 4 Verbandversammlungen, welche leider nicht so besucht gewesen sind, wie es wünschenswert gewesen wäre. Der größte Eifer und die besten Absichten des Ortsverbandes sowie der einzelnen Ortsvereinsvorstände mußten scheitern, wenn sie nicht gefördert werden durch das Interesse der Mitglieder. Trotz alledem ist nichts vernachlässigt worden, die Mitglieder durch Vorträge, Ausflüge und ähnliche Veranstaltungen zusammenzuführen und zu gemeinschaftlicher regerer Arbeit anzuhalten. Beteiligt war auch der Ortsverband an den von der Gesellschaft zur Verbreitung von Volkswissen veranstalteten Vortragsabenden. Der vom Ortsverbandentsandte gestellte Antrag auf Erhöhung der Sätze für den örtlichen Tagelohn, hat leider noch keine Erledigung gefunden. Es wäre dringend zu wünschen, daß dieser unserer Kargung baldigst Folge geleistet wird. Wir sind in das neue Jahr eingetreten mit dem dringenden Wunsche, daß unsere Mitglieder den Ausschuss in diesem Jahre reger unterstützen zu ihrem eigenen und des Gesamtvolkes Besten.  
S. Wegner, Schriftführer.

**Verbands-Teil.**  
**Bekanntmachung.**  
Kranken- und Begräbniskasse des Gewerbetriebs der graphischen Berufe, Maler, Lackierer u. (Eingeführte Hilfskräfte).  
Wir geben hierdurch allen Mitgliedern bekannt, daß das neue Statut die beschriebene Organisation erhalten hat und mit dem 1. Februar 1907 in Kraft tritt. Um die 4. März 1907 ist die von der Generalversammlung beschlossene Ermächtigung der Krankenkasse von diesem Tage ab einzuführen.  
Gera, 9. Januar 1907.  
Für den Vorstand:  
Franz Schreiber, Carl Präfer, Schriftführer, Hauptkassier.

**\* Norddeutscher Ausbreitungsverband.**  
Sitzung über eingetragene Gelehr bis 1. Januar 1907.  
Rafsinenbauer: Uederminde Nr. 260, Bäckh 300, Brenzlau 340, Grabow 700, Stettin II 140, Schreiber Danzig 10,80, Stettin 3,20. Maler: Stolz 190, Schiffszimmerer: Beckingdorf 1,10, Fabrik- und Handarbeiter: Bülow 1,00, Stolz 1,00, 5,40, Eisenarbeiter 1,10, Rathsdammung 8,80, Stettin I 2,40, Stettin II 0,80, Stalenswalde 3,40, Zigarrenarbeiter: Stettin 1,20, Köpfer und Ziegler: Jägerhof 5,10, Uederminde 4,70, Frauen und Mädchen: Stettin-Dresden 0,90. Schuhmacher: Stettinwald 0,60. Summa 65,80 RM.  
Franz Galle, Kassier, Stettin, Holzstr. 15, Eingang Eisenbahnstr.

**Versammlungen.**  
Berlin. Distriktsrat der Deutschen Gewerbetriebe (G.-D.). Sitzung jeden Mittwoch, ab 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerbetriebe, NO., Weißbühlstr. 221/222. Gäste willkommen.  
Sängerchor der Deutschen Gewerbetriebe (G.-D.). Jeden Donnerstag, abends 9-11 Uhr, Uebungsstunde im Verbandsbureau der Deutschen Gewerbetriebe (Grüner Wald). Gäste herzlich willkommen. — Sonnabend, 12. Januar, Musikantenchor und Metallarbeiter V. U. 8 1/2 Uhr, Kottbuserstr. 4a. L.-D.: Jahresberichte. Bericht von der kombinierten Aufsichtsjahre. — Wilschauer. Montag, 14. Januar, abds. 9 Uhr, Dresdenstr. 10 bei Frau General-Versammlung.

**Orts- und Bezirksverbände.**  
Gera (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Besale des Herrn Will. Schulte-Wallat, Distriktsrat. — Hannover und Umgebung (Ortsverband). Die Gesangsstunden der Ortsverbandes-Gesellschaft finden jeden Dienstag, abends 9 Uhr, im Verbandslokal „Hilfsverein“, Bühlstr. 12, statt. — Wachen (Distriktsrat). Jeden Sonnabend 9 Uhr Sitzung bei Walter, Jägerhof. — Norddeutscher Ausbreitungsverband. Jeden Donnerstag, abends 8 1/2-10 1/2 Uhr Distriktsrat im Besale Engelst. Schifferstr. 9a. Gäste willkommen. — Rosenau-Neuendorf (Ortsverband). Mittwoch, 16. Januar, ab. 8 1/2 Uhr Bes. bei Regel. Sitzung. Die Sitzung der Deutschen Gewerbetriebe zu den Reichstagswahlen. Referat Weidau-Berlin. — Westhofen (Ortsverband). Sonntag, 20. Januar, nachm. 3 Uhr beim Wirt Dietrich Brinmann in Ergste Versammlung. L.-D.: Jahresberichte des Vorstandes. Wahl des Vorstandes. — Wachen und Umgebung (Ortsverband). Sonntag, 20. Januar, vorm. 11 Uhr, Vertreterversammlung bei Böhlen in Brand. — Zeitzig. Sonntag, 20. Januar, nachm. 4 Uhr allgemeine Rafsinenbauer-Mitglieder-Versammlung in Drei Linden. Siedenan, Siedenanstr. 261. L.-D.: Protokoll. Tätigkeitsbericht. Kassendirekt. Vortrag. Beschlußfassung über Besatzungsfrage. Berichtswesen. — Werde (Ortsverband). Sonntag, 20. Januar, nachm. 3 Uhr, Ortsverbandversammlung bei W. Carl Rüggeberg in Werde.

**Anzeigen-Teil.**

**Verbandsbureau der Deutschen Gewerbetriebe**  
Berlin N.O., Weißbühlstr. 221/22.  
Zerfassung aller Gewerbetriebskollegen an den Abenden und an jedem Sonntag. Pünktliche Besuche, große Bekanntheit mit vorzüglicher Küche, vier Regelmäßigkeiten. Was den Aufmerksamkeiten der Regier. angeht, ist die Abhaltung von Versammlungen, Sitzungen, Winter-Vergnügens jeder Art allen Ortsvereinen und Mitgliedern bestens empfohlen, laßt zum Besuch freundlichst ein Carl Berndt, Oekonom.

**Verbandsbureau der Deutschen Gewerbetriebe.**  
Berlin N.O., Weißbühlstr. 221/22.  
**Verbandsgenossen!**  
Allen nach Berlin kommenden Verbandsgenossen empfehlen wir unser neuem und gut eingerichteten Logierhaus zur gefälligen Benutzung bei mäßigen Preisen. Abendessen bis Abends 10 Uhr beim Hauswart Schäfer, Diergeschule.  
Das Bureau des Zentralrats.

**Verbandsgenossen**  
kauft  
niemals nach  8 Uhr abends  
und fragt, daß auch die Mitglieder der Familie alle Stunden bis 8 Uhr abends besuchen. Der Verein der Deutschen Kaufleute wird dadurch unterstützt in seinem Streben auf Einführung des Nachtarbeitverbotes.

Vom Verbandsbureau gegen Einzahlung von 1,50 RM. zu beziehen:  
**Die reichsgesetzliche Arbeiterversicherung**  
(Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung).  
Nach dem neuesten Stande der Gesetzgebung und Rechtsprechung bearbeitet von Ernst Hauke und Walter Hering, Kaiserlichen Expeditoren des Reichsversicherungsamtes. Das Buch sollte als Ratgeber in jedem Ortsverein fehlen.  
Erläuterungen an R. Meier, Verbandskassierer, Berlin N.O. 55, Weißbühlstr. 221/22.

Ein tüchtiger Buchhalter,  
kletter Expedit, in allen Branchen vertraut, sucht Stellung per 1. April oder bald. Offerten sind zu richten an Julius Manden, Gera, G. G. G., Grabowstr. 3.

**Restaurant Tenfels-See**  
Inh. Fritz Meyer (mit Kapazität 10 an Füssen der Müggelsee).  
Nähe Potsdam  
Romantischen Tenfels-See.  
Eigene Dampfboote zum Müggelsee.  
Schöne Waldgaststätte (12 St.).

**Verbandsbureau der Deutschen Gewerbetriebe.**  
Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:  
Heftchrift zum 70. Geburtstag des Kaisers von Karl Gahn und Carl Goldschmidt. Preis 10 Pf.  
Zeitschriften zum Gewerbetriebsgesetz von Dr. Max Girsch. Preis 30 Pf.  
Beweglicher durch die Unfallversicherungs-Gesetze von Carl Goldschmidt. Preis 30 Pf.  
Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Girsch. Preis 30 Pf.  
Vorschläge zum Invaliden-Versicherungsgesetz von Carl Goldschmidt. Preis 30 Pf.  
Kaufmanns-Buch des Verbandsbureaus Dr. Max Girsch 160x280 mm. Preis 50 Pf.  
Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerbetriebe. — Heftchrift zum 25 jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerbetriebe (Hilfs-Verein) von Dr. Max Girsch. Preis 1 Mark.  
Volkswirtschaftslehre von Dr. G. S. G. Preis 80 Pf.  
Arbeiterschutz in der Heimarbeit. 2 Referate von E. Winter-Berlin und E. Berndt-Dresden. Gratis.  
Die Einführung von Arbeitskammern in Deutschland. 2 Referate von Carl Goldschmidt-Berlin und Johann Dornblüth-Brandenburg. Gratis.  
Lehrverträge und Koalitionsfreiheit. 2 Referate von Carl Gahn-Burg und J. D. Käfer-Wilmberg. Gratis.  
Arbeiterschutz, insbesondere Invalidenversicherung, vom Standpunkte der Deutschen Gewerbetriebe von Dr. Max Girsch. Preis 20 Pf.  
Wunder zu Wutragen, Klagen und Beschwerdenchriften in Angelegenheit der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pf.  
Nach alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Heftschriften, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Anschaffungspreise beim Verbandsbureau zu beziehen.  
Erläuterungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Weißbühlstr. 221/22.  
Das Bureau des Zentralrats.  
Rudolf Klein.